

Bis zum 22. August.

Muffolinis Eingreifen.

Freudensundgebungen.

Bombenanschlag in Basel.

Basel, 10. Aug. Heute war auf dem Vorplatz eine große Kundgebung für Sacco und Vanzetti. Nach 8½ Uhr explodierte in dem Straßenbahnstationsgebäude am Varisierplatz eine Bombe, wodurch etwa 17 Personen zu Teil schwer verletzt wurden. Der Bahnhof und die Telefonzelle, in die die Bombe gelegt worden war, wurden vollständig zerstört. Man vermutet, daß es sich um einen Racheakt handelt, weil die Leitung der Basler Straßenbahn sich geweigert hatte, den Betrieb während der Kundgebung einzustellen. Die Polizei hat die ganze Nacht feierhaft gearbeitet, um die Urheber des Bombenattentates ausfindig zu machen. Man rechnet damit, daß heute Verhaftungen erfolgen werden. — Ein bei der Explosion schwer verwundeter Straßenbahnfahrer ist seinen Verletzungen erlegen. Das amerikanische Konsulat wird nach wie vor streng beobachtet.

Ein Racheakt auch in Sofia.

Paris, 1. Aug. Der Berichterstatter des "Temps" meldet: In der vergangenen Nacht gegen 10 Uhr haben Unbekannte Bomben in den Garten des amerikanischen Botschafts in Sofia geworfen, nachdem sie von einem benachbarten Hause aus die Mauer des Hofes überliefen hätten. Die Explosion hat weder Sach- noch Personenschaden angerichtet. Man nimmt an, daß die Bomben als Protest gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti geworfen worden sind.

Rußland droht.

London, 11. Aug. Wie aus Moskau gemeldet wird, droht die „Prawda“ in einem Kommunitar über den Sacco-Vanetti-Fall den Posten Richter mit einem persönlichen Schicksal. Das Proletariat habe sich den Kapitalisten gekert, wie man wissen schaffe, daß es nicht könnte. Eines Tages würden die Arbeiter einen Feiertag einlegen und Richter Lauer und Sander son auf denselben elektrischen Stuhl befördern, den man für die beiden Kommunisten bestimmt habe.

is zum Zentrum reichenden Flügel für einen Gewinn halten, überschien scheinbar völlig, daß sie damit gerade den geheimsten Wünschen der Sozialdemokratie entgegenkommen. Denn auch darüber muß man sich klar sein, daß die sozialdemokratischen Kreise, die ihre beamteten Parteigenossen aus dem Deutschen Beamtentum herausziehen wollen, dies nur im Interesse einer besseren parteipolitischen Vertretung dieses Berufsstandes anstreben. Man will auf diesem Wege die sozialdemokratische Parteiführerschaft in die Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden hineintragen, und man weiß wohl, was das zu bedeuten hat.

Kein Politiker, der diese Zusammenhänge übersteht, wird sich dazu hergeben können, diesen sozialdemokratischen Wünschen Vorschub zu leisten, und namentlich wird man auch von den Mitgliedern der Zentrums-

fraktion hierbei einige Vorsicht erwarten dürfen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß nicht alle Beamtenscheidungen der Reichsstaatsfraktion des Zentrums sich dem Vorgehen der Sieben angeschlossen haben, ein Beweis dafür, daß man auch in der Zentrumsfraktion für diese Zusammenhänge Verständnis hat und eine gewisse Zurückhaltung nicht für unzumutbar erachtet. Und in der Tat wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß die reichlich weit getriebene Kritik der Sieben gerade das Gegenteil von dem fördern kann, was man erstrebt. Schließlich darf man doch auch die Tatsache nicht übersehen, daß es gerade die nunmehr in der gedachten Arbeitsgemeinschaft zusammengefügten sozialdemokratischen Beamten sind, die es verstanden, dem bekannten Beamtenprogramm der sozialdemokratischen Partei eine Interpretation zu geben, die der Staatsraison vernünftigerweise Rechnung trägt, und die sich recht betrüfflich von der freigeistlichen Auslegung unterscheidet, in der die Staatsvernunft so gut wie gar nicht zur Geltung kommt.

Nun hat man endlich dem Beamtenbund zum Vorwurf gemacht, daß er nicht dafür gesorgt hat, daß sich die Arbeitsgemeinschaft sofort nach dem Kieler Parteitag, auf dem der befürchtete Beschluß glücklich verhindert worden war, in Wohlgefallen auflöste. Aber ganz abgesehen von der Antiksequenz, die in diesem Verlangen liegt, darf nicht verkannt werden, daß die Spaltungsgefahr nach wie vor besteht, daß auch nach dem Kieler Parteitag ständig weiter gewühlt wird, um vielleicht t u n s t i g die gewünschte Unterscheidung zu erreichen. Man muß Verständnis dafür haben, daß die bloße Existenz dieser Arbeitsgemeinschaft hier manches verhindern kann, und es wird daher nicht so sehr auf ihre Auflösung, als vielmehr darauf zu dringen sein, daß sie bei etwaigen Ueberrgriffen sofort energisch in ihre Schranken verwiesen wird. In dieser Beziehung zu der nötigen Wachsamkeit angeregt zu haben, wird man trotz aller grundsätzlichen Bedenken den sieben Abgeordneten doch zum Verdienst anrechnen können.

Königliches Amerikaflug.

Die Landung in Berlin.

◆ Berlin, 11. August. Der Ozeanflieger Könneke und Graf Solms sind heute nachmittag um 13.21 Uhr vom Flughafen Travemünde nach Berlin gekommen. — Um 15 Uhr wurde das Flugzeug in westliche Richtung gesteuert. Nach zwei Schlägen über dem Flugplatz Tempelhof landete der Ozeanflieger glatt. Auf dem Rollfeld hatte sich eine Reihe von Pressevertretern Berlins — besonders stark war die amerikanische Presse vertreten — eingefunden. Nachdem das Flugzeug von Könneke vor dem Rollfeld zum Stehen gebracht worden war, wurde ihm zunächst sein kleiner Sohn herausgereicht, den er auf das Herzlichste begrüßte. Nach dem Ansturm der Photographen begrüßte er seine Frau und wurde darauf mit herzlichsten Worten von Reichstagspräsident Loebe empfangen. Die Flieger haben auf ihrem Fluge von Travemünde verschiedentlich Gewittern und Stürmen aus dem Wege gehen müssen. Der Flug ist indessen ganz glatt verlaufen. Die Flieger beabsichtigen, zunächst noch den heutigen Tag in Berlin zu bleiben, um ihre Pass- und sonstigen Angelegenheiten zu regeln und sich weiterhin auch über die Wetteraussichten für die kommenden Tage zu unterrichten. Morgen früh wollen sie nach Köln starten. Von dort aus erfolgt, sobald günstige Wetternachrichten vorliegen, unmittelbar der Start nach Amerika.

Das Ziel Philadelphia.

♦ Berlin, 11. August. Wie das Volksbureau erläßt, wird Königsbe bei Freitag nachmittag in Berlin verlassen und dann gegen 4 Uhr nach Köln starten. Inzwischen wird der Motor noch auseinandergenommen und gründlich überholt werden, nachdem er bisher etwa 60 Stunden gearbeitet hat. Da der Flug nach Köln etwa vier Stunden in Anspruch nimmt, trifft die Maschine gegen 8 Uhr abends auf dem dortigen Flugplatz ein. In einer Besprechung, die heute nachmittag im Tempelhofer Park stattfand, wurde festgelegt, daß Königsbe in Köln noch einige Belastungsflüge machen wird. Hierfür sind 2 bis 3 Tage angesetzt, sobald der Start nach Amerika nunmehr erst in den ersten Tagen der nächsten Woche erfolgen wird. Königsbe wird die südliche Route fliegen, und zwar vielleicht noch etwa 4 bis 500 Kilometer südlicher als die Dempf-Linie läuft. Das Ziel ist Philadelphia, da diese Stadt Königsbe heute vormittag in einem besonderen Telegramm eingeladen hat, dort zu landen. Außerdem hat sie auf Anfrage mitgeteilt, daß der Preis von 25000 Dollar, der für das erste Flugzeug ausgesetzt ist, das von einer europäischen Hauptstadt aus in Philadelphia landet, auch für die „Germania“ gilt, da Köln im weiteren Sinne des europäischen Hauptstadts gerechnet wird. Königsbe rechnet mit einer Flugdauer von etwa 50 Stunden. Die Durchschnittsgeschwindigkeit während eines 19 Stundenfluges betrug 138 Kilometer.

Die „Germania“.

♦ Berlin, 11. August. Die „Germania“, mit der Könige den Flug über den Meer macht, ist ein Doppeldecker der Casparwerke. Die Maschine ist in ihrem größten Teil selbstbau, das Bordstellwerk jedoch. Auf beiden Seiten des Rumpfes ist in großer Schrift der Name „Germania“ angebracht. Sie ist eine Konstruktion im Gegensatz zu den Junkers-Maschinen und der Führer ist sehr westnach

Sacco und Vanzetti sind aus der Totenzelle des Gefängnisses in eine andere Zelle geschafft worden. Sie machten beide infolge des Hungerstreiks einen schwachen Eindruck. Die Verurteilung und Vollstreckung erfolgte nach stundenlangem Beratung, an der sieben frühere Generalsstaatsanwälte teilnahmen.

Die Auffchiebung der Urteilsvollstreckung hat in ganz Amerika als Riesensenfation gewirkt. Die Zeitungen veröffentlichen seltenlange Berichte über den Fall. An verschiedenen Orten ist es bereits zu neuen Demonstrationen gekommen, die aber schnell unterdrückt werden konnten. Massenverhaftungen wurden dabei vorgenommen.

**40 Minuten vor dem Einrichtungs-
termin.**

× New-York, 11. Aug. Die endgültige Bestätigung des Aufschubs der Hinrichtung ging dem Gefängnisvorsteher erst kaum 40 Minuten vor dem festgesetzten Termin der Vollstreckung zu. „Times“ fordert die Obrigkeit von Massachussets auf, jede Möglichkeit zu ergreifen, welche Requisiten für Sacco und Vanzetti offen zu halten.

Der Eindruck auf die Verurtheilten.

* **Charlestown**, 11. Aug. Die Nachricht von dem Straußausbruch für Sacco und Vanzetti verbreitete sich mit größter Eile. In weniger als einer halben Stunde nach der Bekanntgabe begann die Zurückziehung der schwer bewaffneten Polizei von dem Gefängnisgebäude. Die Gefangenen nahmen die Nachricht von dem Straußausbruch ohne Zeichen von Erregung entgegen. Nur Vanzetti erklärte, er freue sich. Sacco und Madeiros erklärten, sie hätten nichts zu sagen.

Der Oberste Gerichtshof hat das Wort.

: London, 11. Aug. Wie
 in der Berührung der Rechtsanwältin Sacco und
 Vanzetti auf nochmalige Verhandlung vor dem Obersten
 Gerichtshof festgestellt worden. Der Oberste Ge-
 richtshof wird voraussichtlich am 11. d. M. zusamen-
 treten und sich mit folgenden Beanstandungen der Ver-
 theidigung zu befassen haben: 1. die Abweisung der
 Richter Faber und Telferson. 2. Einleitung eines
 neuen Verfahrens. 3. Aufhebung der Todes-
 urtheile und Hinusschiebung der Hinrichtung. Der Ober-
 gerichtshof hat sich bisher zweimal mit juristischen Fra-
 gen im Zusammenhang mit dem Sacco-Vanzetti-Fall
 beschäftigt, doch hofft die Verteidigung, diesmal eine
 Entscheidung über die Fragen herbeiführen zu können,
 die sich aus der Beweisführung des ersten Prozesses er-
 geben. Sacco ist nach dem Hungerstreik nicht mehr in
 der Lage, ohne fremde Hilfe zu stehen, und man be-
 weiset sich bereits, ob er bis zum 22. dieses Monats
 bei Bewußtsein bleiben wird. Der Zustand Vanzetti's
 ist dagegen besser, da er von Zeit zu Zeit Nahrung
 zu sich nehmen hat. Die Bostoner Polizei hat weitere
 Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Kommunikation an-
 zwischen Sacco und Vanzetti und der Staatsgefangnisse
 zu verhindern. Man bestreitet trotz der vom Gouverneur
 früher angeordneten Aufhebung der Exekution Ge-
 walttathen, um so sehr, als in der Stadt
 worden sind, die wie man vermutet, von Kommunisten
 benutzt werden sollen, eine Befreiung der verurtheilten
 Thatsachen zu ermöglichen. Gouverneur Fossier erklärt in
 einer amtlichen Verlautbarung über den Aufbruch der
 Hinrichtung, daß der Staatsgerichtshof mit der Erhö-

chen Verhältnissen der Arbeiterschaft gleichen, bei der sich die Aufstellung in zwei große Lager infolge der religionsfeindlichen Haltung der freien Gewerkschaften nicht hat vermeiden lassen. Durch das Vergehen des Deutschen Beamtenbundes, der bisher auch eine konfessionelle Neutralität sehr gewissenhaft eingehalten hat, sind in dieser Beziehung Komplikationen sich allerdings nicht zu erwarten. Daneben aber ist noch — auch aus Gründen, die die breiteste Öffentlichkeit interessieren —, für keinen Berufsstand eine ethnische Homogenität so dringend nötig wie für unsere deutsche Beamtenschaft. Verfügt doch diese Homogenität der Staatsverwaltung eine Stabilität, die ohne sie schwerlich zu erreichen sein würde. Diejenigen Politiker der politischen Rechten, die — wie die „Berliner Morgenzeitung“ — eine Trennung der deutschen Beamtenschaft in einen rechten von den Deutschnationalen

1. The first step is to identify the problem or question that needs to be answered. This involves understanding the context and the specific requirements of the task.

So sehr nun auch angesichts dieser Tatsachen Bedenken am Platz sein dürfte, und so verbienlich daher nach dieser Richtung das Vorgehen der sieben Reichstagsabgeordneten sein kann, so sehr wird man sich doch andererseits vor einer Ueberpannung der Kritik in Acht nehmen müssen. Selbst die angeführte Zwecklegung der Arbeitsgemeinschaft wird man nicht allzu tragisch nehmen dürfen. Denn ganz abgesehen davon, daß es schließlich das Recht und die Pflicht jedes parteipolitisch organisierten Beamten ist, für seine Partei zu werben, wird man schließlich auch dafür Verständnis aufbringen müssen, daß die hier in Rede stehende Arbeitsgemeinschaft ihrer Partei gegenüber gerade in dieser Beziehung einen gewissen Eifer walten befunden müssen, wenn sie andererseits in der Arbeitsgemeinschaft Erfolg haben will. Und darauf kommt es in der Hauptsache schließlich an.

Man muß sich nämlich grundsätzlich darüber klar werden, was ein Beschluß, der die sozialdemokratischen Beamten zum Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund verpflichtet, auch in staatspolitischer Beziehung zu bedeuten haben würde. Man kann hier nicht einfach die Parallele mit den gewerkschafts-

Werbung unter
an die Anzeig.-
Westf. richten.

